

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
216 · Ausgabe CH · Januar 2025
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Michal Baada / Shutterstock

**Jetzt
Finanzplatz-
Initiative
unterschreiben!**
Unterschriftenkarte
in der Heftmitte

Der Schweizer Finanzplatz zerstört das Klima

Darum haben wir die Finanzplatz-Initiative lanciert. Eine Bankerin erklärt, wie sie für Banken und Versicherungen umsetzbar ist.

PUK ZUR CREDIT SUISSE: PROBLEME BLEIBEN UNGELÖST

Die Giga-Bank UBS bleibt eine Gefahr für Volkswirtschaft und Demokratie. Seite 6

«WIR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN HABEN GENUG!»

Der Parteitag vom Februar steht ganz im Zeichen der Inklusion. Seite 13.

Liebe Leserin, lieber Leser, alle dazwischen und darüber hinaus



Manchmal bin ich angesichts der Newslage versucht, die Nachrichten einfach auszublenden. Der Rechtsrutsch ist nicht nur in der Schweiz sehr real. Weltweit ist der Vormarsch der rechtsnationalen, teils faschistischen Bewegungen beängstigend: Trump übernimmt in den USA, in Österreich wird der rechtsextreme Herbert Kickl mit der Bildung der Regierung beauftragt, in Italien sind die Postfaschist:innen am Ruder und die AfD erhält im Osten Deutschlands bereits über 30 Prozent der Stimmen.

Die Rechte in der Schweiz wird nicht nur von rechtsnationalen Presseergebnissen wie der Weltwoche hofiert, die über vergleichsweise wenig Leser:innen verfügt, sondern auch von Medien wie der NZZ, die die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel mit ihren rechtsradikalen Äusserungen in harmlosen Porträts normalisiert und so mithilft, die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach rechts zu verschieben. Aussagen wie «Dann heisst das eben Remigration!» werden salonfähig.

Wie gesagt, angesichts der aktuellen Nachrichtenlage möchte ich mich manchmal am liebsten mit ein paar Büchern unter einer Decke verkriechen. Doch es gibt etwas, das gegen den News-Blues hilft und Linderung verspricht: Eine starke SP!

Wir kämpfen für eine soziale Schweiz, Gleichstellung und Klimaschutz. Ganz konkret: Wir haben in einer breiten Allianz die Finanzplatz-Initiative lanciert, die verhindern will, dass der Schweizer Finanzplatz beispielsweise die Erschliessung neuer Erdölfelder unterstützt – kein Geld für Zerstörung! Wie sich das umsetzen lässt, erklärt Nicole Bardet, Anlage-Chefin der Alternativen Bank Schweiz, ab Seite 4.

Konkret werden wir auch in Sachen Inklusion, zum Beispiel am Parteitag im Februar. Die AG Inklusion um Nationalrat Islam Alijaj stellt das Positionspapier vor und zeigt auf, wie sich die Inklusion von Menschen mit Behinderungen verbessern muss. Mehr dazu liest du ab Seite 13.

Ein starke SP hilft. Und die SP wird grösser: Nach der Trump-Wahl sind weit über 1200 Menschen neu zur SP gestossen. So können wir gemeinsam gegen den Rechtsruck kämpfen. Ganz herzlich willkommen!

Mit solidarischen Grüssen
Eure Pia

PS: Für alle, die nicht teilnehmen können, wird der Parteitag vom 22. Februar auf der Website der SP live übertragen.

INHALT

- 4 **Kein Geld für Zerstörung!**
Wie sich mit der Finanzplatz-Initiative das Klima schützen lässt
- 6 **Nach der CS-PUK: Die Gefahr bleibt**
Die verbleibende Giga-Bank ist ein Risiko für Volkswirtschaft und Demokratie
- 7 **Schweiz – EU: Der Bundesrat muss liefern**
Lohnschutz und Service public müssen gesichert sein
- 8 **Abstimmung vom 9. Februar: Ja zur Umweltverantwortungs-Initiative**
Die Wirtschaft von heute ist nicht zukunftsfähig. Darum braucht es ein Ja
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **«Wir Menschen mit Behinderungen haben genug!»**
Am kommenden Parteitag diskutieren wir über das Positionspapier zur Inklusion
- 14 **Im Kino: Wir Erben**
Wer übernimmt den Bauernhof der Ex-Nationalrät:innen Stephanie und Ruedi Baumann?
- 16 **Kochen fürs Klima: Kochen mit der Natur**
Lisa Jankovics lässt sich davon leiten, was die Alpenregion hergibt
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Marion Wenk**, Betriebsökonomin und Kulturmanagerin aus Rombach AG
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**
- 20 **Bildungsangebote der SP Schweiz**



Arbeiter von Stahl Gerlafingen und Swiss Steel stehen den Parlamentarier:innen im Bundeshaus Red und Antwort.

Industriepolitik: «Endlich wieder schlafen»

«Wenn politisch nichts geht, dann geht es um die Existenz der Firma», sagte Mischa Mathys von Stahl Gerlafingen vor der entscheidenden Parlamentsdebatte. Der Stahlarbeiter stand den SP-Parlamentarier:innen im Bundeshaus Anfang Dezember zu einem der ganz grossen Themen der Wintersession Red und Antwort: Unterstützt die Schweiz die Stahlindustrie, damit in Zukunft die Öfen nicht ausgehen? Auf dem Spiel standen 1200 Arbeitsplätze und die – soweit möglich – ökologische Produktion von Stahl. Die hohen Energiekosten hatten die Stahlindustrie an den Rand des Abgrunds getrieben. In einer beispiellosen Zusammenarbeit zwischen rechtsbürgerlichen und linken Kräften gelang es im Dezember, das Parlament für eine Industriepolitik zu gewinnen, die von der SP in wenigen Wochen aufgegleist worden war: Während vier Jahren soll die Stahlindustrie von einem Teil der Gebühren für die Nutzung des Stromnetzes entlastet werden. Die Subventionen von total 37 Millionen Franken werden dabei schrittweise abgebaut und sind

an Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz gekoppelt. Im umliegenden Ausland sind solche Subventionen der Stahlindustrie gang und gäbe. Doch warum überzeugte ausgerechnet die Stahlindustrie das Parlament? Stahl Gerlafingen schliesst als einziges Werk der Schweiz den Kreislauf von Stahlschrott zu Baustahl – Beispiel Armierungseisen – und produziert mit vergleichsweise geringen Emissionen. Eine Schliessung hätte bedeutet, dass wertvoller Schrott zur fünfmal CO₂-intensiveren Weiterverarbeitung ins Ausland exportiert wird, verbunden mit zehntausenden zusätzlichen Transportfahrten und einer massiven Umweltbelastung. «Das ist konkrete Kreislaufpolitik», kommentierte Nationalrat Roger Nordmann. Für die Stahlarbeiter von Gerlafingen und Swiss Steel sowie der Aluminiumgieessereien Constellium und Novelis kam die gute Nachricht rechtzeitig zu Weihnachten. Die Erleichterung war riesig. «Denn richtig schlafen können die Leute erst wieder, wenn sie wissen, wie sie 2025 arbeiten», so Mischa Mathys.

Erfolg: Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge bleibt möglich

Selten war der Aufschrei der Schweizer Bevölkerung so laut: Knapp 140 000 Menschen setzten sich mit unserem Appell dafür ein, dass Kriegsflüchtlinge ihr Recht auf Familiennachzug behalten. Sie unterzeichneten einen Appell an den Ständerat zur Korrektur des unmenschlichen Entscheids des Nationalrats, der Kriegsflüchtlingen dieses Recht verwehren wollte. Das Engagement zeitigte Wirkung: Der Ständerat lehnte die SVP-Motion in der Wintersession definitiv ab. Damit dürfen Kriegsflüchtlinge weiterhin darauf hoffen, ihre Liebsten in die sichere Schweiz holen zu können (sofern sie die strengen Voraussetzungen erfüllen). Alles andere wäre unmenschlich und verstösst gegen unsere Verfassung und das Völkerrecht. Jährlich werden bloss rund 100 Gesuche gestellt.

Unterschreiben für die Konzernverantwortung 2.0

Weil die Konzernverantwortungsinitiative 2020 zwar von der Mehrheit der Stimmberechtigten angenommen wurde, aber am Ständemehr scheiterte, gibt es in der Schweiz noch immer keine griffigen Regeln für Konzerne. Zwar trat Anfang 2022 der Gegenvorschlag in Kraft, doch dieser führt nur dazu, dass Konzerne mehr Hochglanz-Broschüren produzieren. Für angerichtete Schäden müssen sie nicht geradestehen, derweil die gesetzlichen Auflagen im Ausland verschärft wurden. Nun hat die Koalition die Konzernverantwortungsinitiative erneut lanciert – bis Ende Januar wollen die Initiant:innen 100 000 Unterschriften sammeln. Unterschreibe darum bitte rasch!

→ www.konzernverantwortung.ch

meyer:wermuth geht auf Tournee

Wolltest du schon immer mal live dabei sein, wenn das Co-Präsidium seinen beliebten Podcast einspielt? Nun geht meyer:wermuth im Frühling auf Tournee und bringt in vier Städten die spannendsten Hintergrundgeschichten aus dem Bundeshaus auf die Bühne. Sei dabei, wenn sich Mattea und Cédric gegenseitig herausfordern – und das Publikum die Gesprächsthemen mitbestimmt. Sichere dir am besten jetzt gleich dein Ticket für den Abend in Luzern, Aarau, Winterthur oder Basel.



Die Finanzbranche verschärft die Klimaerwärmung, zum Beispiel indem sie die Erschliessung neuer Ölfelder versichert. Das muss sich ändern. Im Bild: Nicole Bardet von der Alternativen Bank Schweiz.

«Selbstregulierung der Branche reicht nicht!»

Mit der Finanzplatzinitiative wollen wir für gleich lange Spiesse unter Finanzdienstleistern sorgen – und vor allem für weniger CO₂-Ausstoss der Finanzbranche. Doch ist das realistisch? Wie es funktionieren kann, sagt Nicole Bardet*, Co-Leiterin Finanzen und Anlagen bei der Alternativen Bank Schweiz. Interview Pia Wildberger

Die Finanzbranche sagt, sie sei schon am Thema dran und habe sich zur Selbstregulierung verpflichtet. Wieso braucht es die Finanzplatz-Initiative überhaupt?

Die Selbstregulierung der Branche reicht einfach nicht aus. Die Branche setzt vor allem auf das Reporting sowie die Beratung von Kundinnen und Kunden, was zwar positiv ist, jedoch nichts darüber aussagt, welche Geschäfte Banken konkret finanzieren. Ohne klare gesetzliche Regeln haben nicht alle Marktteilnehmer die gleichen Bedingungen. Es ist wie beim Rauchverbot in Restaurants: Einige Restaurants waren bereit, aus Rücksicht auf die Gesundheit des Personals freiwillig auf Raucherbereiche zu verzichten.

* Die Ökonomin Nicole Bardet ist Co-Leiterin Finanzen und Anlagen bei der Alternativen Bank Schweiz und Mitglied der Geschäftsleitung. Sie studierte an der Universität Lausanne Wirtschaft und Business Administration und war bei der Waadtländer Kantonalbank tätig, bis sie 2011 zur Alternativen Bank stiess. Sie vertritt die Alternative Bank Schweiz im Initiativkomitee.

Solange es keine flächendeckende Regelung gab, waren sie jedoch im Wettbewerbsnachteil. Nachdem einheitliche Vorschriften eingeführt worden waren, war das Problem gelöst. Gleiches gilt für den Finanzsektor – klare Regeln schaffen Fairness und Einheitlichkeit.

Was ist davon zu halten, wenn die Finanzbranche sagt, sie sei auf gutem Weg?

Das mag in einigen Bereichen zutreffen, aber die Fortschritte sind zu langsam. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise können wir nicht darauf warten, dass freiwillige Massnahmen irgendwann Wirkung zeigen. In unseren Augen entsprechen die Forderungen der Initiative dem absoluten Minimum. Zudem zeigt die Praxis, dass die freiwilligen Verpflichtungen oft unzureichend umgesetzt werden und den Wettbewerb verzerren.

Ist die Initiative überhaupt für grössere Finanzinstitute als die Alternative Bank umsetzbar?

Absolut. Die Initiative richtet sich nicht an Lokalbanken, sondern an die grossen Institute und Versicherungen. Weltweit verursacht der Schweizer Finanzplatz mindestens

18 Mal mehr CO₂-Emissionen als die Schweiz. Es sind die grossen Finanzinstitute, die die grösste internationale Reichweite haben. Bei der Umsetzung müssen Banken einfach klar definieren, welche Projekte sie ausschliessen, und dies in ihren Richtlinien festhalten.

Ist der bürokratische Aufwand nicht enorm?

Die Initiative lässt offen, wie genau die Umsetzung der neuen Richtlinien kontrolliert würde. Doch alle Finanzinstitute verfügen bereits heute über Instrumente wie interne und externe Revisionsstellen. Man müsste die neuen Richtlinien bloss in die bestehenden Prozesse integrieren. Das ist realistisch und ohne grossen administrativen Mehraufwand möglich. Zusätzlich wäre mehr Transparenz wünschenswert, beispielsweise indem die Finanzinstitute offenlegen, welche Projekte sie finanzieren. Die Alternative Bank macht das seit jeher, doch stehen wir damit alleine da.

Wie müssen Sanktionen in diesem Bereich ausgestaltet sein, damit sie Wirkung entfalten?

Sanktionen müssen das Ansehen und die Reputation betreffen, denn das Vertrauen der Kundschaft ist für Banken zentral. Sanktionen sollten daher öffentlich gemacht werden. Ein potenzieller Reputationsschaden führt zu mehr Druck auf die Institute. Und neben Geldbussen, die oft weniger wirksam sind als

erhofft, könnte im Extremfall sogar der Entzug der Bankenlizenz in Frage kommen.

Die Initianten sagen, die Initiative sei eingebettet in internationale Entwicklungen. Stimmt das?

Ja, die Initiative orientiert sich an internationalen Standards. Einige Länder, wie Grossbritannien und die EU, sind bereits strenger reguliert als die Schweiz. Schweizer Finanzinstitute müssen sich ohnehin an diese internationalen Regeln halten, wenn sie im Ausland Geschäfte machen. Unsere Initiative stellt also kein Hindernis dar, sondern entspricht dem internationalen Trend.

Die Initiative will verhindern, dass beispielsweise neue Erdölfelder mit Schweizer Finanzierung erschlossen werden. Die Unternehmen der Finanzbranche müssen zudem auch sogenannte Transitionspläne erstellen und so zeigen, wie sie die Ziele des Pariser Abkommens erreichen wollen. Ist das realistisch?

Die Player am Finanzmarkt müssen Transitionspläne erstellen, es geht nicht anders. Unsere Ziele orientieren sich an 2050. Wenn man keinen Plan hat, passiert gar nichts. Und Banken spielen eine wichtige Rolle, indem sie Unternehmen beraten und unterstützen. Mit finanziellen Anreizen wie besseren Zinssätzen für nachhaltige Projekte können Banken den Druck auch auf Unternehmen erhöhen, damit diese Transitionspläne erstellen. Der internationale Druck, beispielsweise durch die EU-Lieferkettenrichtlinie, trägt ebenfalls dazu bei.

WAS DIE INITIATIVE FORDERT

Die Schweiz ist ein kleines Land, doch ihr Finanzplatz ist ein globales Schwergewicht. Die hier ansässigen Grossbanken und Versicherungen richten mit ihren internationalen Geschäftsbeziehungen grossen Schaden an. Sie stellen Milliarden für umweltschädliche Aktivitäten im Ausland zur Verfügung, beispielsweise für die Abholzung von Regenwald oder den Abbau von Kohle. Das verschärft die Klimakrise und bedroht die Artenvielfalt. Während viele Schweizer Unternehmen und Privatpersonen bereits auf Nachhaltigkeit setzen, verantwortet der Finanzplatz weiterhin mindestens das 18-Fache der gesamten inländischen CO₂-Emissionen der Schweiz. Die Finanzplatz-Initiative stellt sicher, dass entsprechende Gelder künftig nicht mehr in Klimaerhitzung und Umweltzerstörung fließen.

Kein Geld für Zerstörung

Zur Umsetzung der Initiative sollen Schweizer Banken, Vermögensverwalter, Versicherungen und Pensionskassen sogenannte

Transitionspläne erarbeiten und umsetzen. Darin sollen sie darlegen, mit welchen Strategien, Zwischenzielen, Massnahmen und Ressourcen sie ihre Geschäftstätigkeiten mit Unternehmen im Ausland auf die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele ausrichten. Ein glaubwürdiger Transitionsplan muss zielgerichtet, wissenschaftlich fundiert, unabhängig überprüft und vergleichbar sein. Zusätzlich sollen neue Projekte zur Förderung fossiler Energieträger wie Kohle oder Erdöl nicht mehr finanziert oder versichert werden. Auch die Ausweitung des Abbaus bestehender fossiler Energievorkommen wird durch die Finanzplatz-Initiative verhindert. Die Initiative orientiert sich an bestehenden internationalen Standards und völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz.

Das Initiativkomitee ist sehr breit aufgestellt. In einem grossen Bündnis sind die grossen Umwelt- und Naturschutzorganisationen ebenso vertreten wie die Finanzwirtschaft sowie – mit Ausnahme der SVP – alle nationalen Parteien.

Führt die Initiative zu weniger Profiten in der Finanzindustrie?

Ja und Nein. Kurzfristig könnte es zu Anpassungskosten kommen. Mittel- und langfristig sind nachhaltige Investitionen jedoch wirtschaftlich sinnvoll, denn sie reduzieren auch die Risiken, die Investitionen in fossile Energien bergen. Zudem bietet die Transforma-

tion Chancen für neue Geschäftsmodelle. Profitieren wird jedoch vor allem auch die Natur – nicht alles lässt sich in Franken messen. Gemeinsam können wir einen Finanzplatz schaffen, der nicht kurzfristigen Profiten, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Der Schweizer Finanzplatz muss jetzt einfach starten!

DAS MUSS SICH ÄNDERN

UBS und die illegale Abholzung im Amazonas

Vor kurzem wurde bekannt, dass die UBS ein Agrarunternehmen finanziert hat, das in illegale Abholzungen im Amazonas verwickelt ist. Solche Praktiken gefährden nicht nur das Klima, sondern auch die Biodiversität in einem der sensibelsten Ökosysteme der Welt.



Zurich Versicherungen und neue Erdölfelder in der Arktis

Zurich bietet gemäss einem Bericht von Greenpeace Nordic Versicherungsdienstleistungen für ein Unternehmen an, das neue Erdölfelder erschliesst. Dies obwohl die internationale Energieagentur (IEA) seit Jahren dazu aufruft, keine weiteren Investitionen in die Erschliessung neuer Kohle-, Öl- und Gasvorkommen zu tätigen, damit das 1,5-Grad-Ziel möglichst eingehalten werden kann. Besonders brisant: Gemäss der deutschen NGO Urgewald stammt knapp die Hälfte der Öl- und Gasproduktion des betroffenen Unternehmens Vår Energi aus der Arktis. Und trotz Klimakrise will das Unternehmen die Erschliessung neuer Lagerstätten in der Arktis weiter hochfahren.





Pressekonferenz der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Credit Suisse im Bundeshaus, 20. Dezember 2024.

Die Gefahr bleibt

Der PUK-Bericht zur Credit Suisse belegt gravierende Fehler – schlimmer noch: Die Probleme sind weder gelöst, noch zeichnet sich eine Lösung ab. Von der Giga-Bank UBS geht für Demokratie und Volkswirtschaft nach wie vor Gefahr aus.

Ausgerechnet am letzten Tag des politischen Jahres 2024, am Freitag vor Weihnachten, präsentierte die Parlamentarische Untersuchungskommission PUK ihren lang erwarteten Bericht zum Untergang der Credit Suisse. Die Rechnung ist aufgegangen – zentrale Erkenntnisse des Berichts fehlen in der medialen Berichterstattung. Dabei wären sie für die Zukunft der Schweiz eminent wichtig.

Schluss mit Boni in Milliardenhöhe

Für die SP sind es vor allem drei Schlussfolgerungen, die aus dem Bericht gezogen werden müssen. Erstens zeigt der Bericht, dass die Grossbanken nach dem Zusammenbruch



Cédric Wermuth
Co-Präsident der SP Schweiz

der UBS im Jahr 2008 sehr schnell zum «business as usual» zurückgekehrt sind. Die Credit Suisse fühlte sich jahrelang unantastbar und sah keinen Grund, ihre Strategie anzupassen, obwohl die Bank von einem Skandal in den nächsten schlitterte. Gleichzeitig bereicherten sich Verwaltungsrat und Management in nie gekanntem Ausmass. Obwohl die Credit Suisse in den letzten zehn Jahren ihres Bestehens 32 Milliarden Franken Verlust schrieb, kassierte die Chefetage die gleiche Summe an Boni.

Die SP fordert deshalb als Erstes, dass diese Selbstbedienungsmentalität in den Chefetagen auf Kosten der Allgemeinheit gestoppt wird. Es

braucht Einschränkungen bei den Löhnen und Boni, aber auch bei der faktischen Staatsgarantie, die für die UBS immer noch besteht und bis heute nicht abgegolten wird.

Prügelknabe FINMA

Zweitens legt der Bericht schonungslos die Mängel der Schweizer Bankengesetzgebung und -aufsicht offen. Die Finanzmarktaufsicht FINMA hat im Umgang mit der Credit Suisse unbestreitbar grobe Fehler gemacht, die verhinderten, dass das Ausmass der Krise früh genug erkannt wurde. Die FINMA kann aber nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden, wie dies jetzt von rechts versucht wird. Der Bericht zeigt auch sehr schön auf, wie SVP, FDP und Mitte spätestens nach 2015 die Weiterentwicklung der Bankenregulierung systematisch

verhindert und die Arbeit der Aufsicht regelrecht boykottiert haben. Der Finanzmarktaufsicht fehlten die wiederholt geforderten Instrumente und Ressourcen, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Wer den Bericht liest, fühlt sich unweigerlich an einen Feuerwehrmann erinnert, der mit einer Wasserpistole bewaffnet einen Grossbrand löschen soll.

In den Unterlagen der PUK wird das Problem klar benannt: «In der Politik und in der Folge auch in der Verwaltung regte sich zunehmend Widerstand gegen eine strengere Bankenregulierung [...]. Der Bundesrat kam den Grossbanken bei der Weiterentwicklung der Too-Big-To-Fail-Regulierung verschiedentlich entgegen, obwohl die Finma und die Schweizerische Nationalbank mit Blick auf die Finanzstabilität gegenteilige Positionen vertraten.» Im Klartext: Der Filz zwischen Politik und Bankenplatz hat überhaupt erst die Grundlage dafür geschaffen, dass es zur zweiten Grossbankenpleite in- nert 15 Jahren kommen konnte.

Demokratie und Volkswirtschaft in Geiselnhaft

Und drittens muss man dem Bericht entnehmen, dass bis heute keines der Probleme gelöst ist. Die PUK formuliert zwar Empfehlungen, doch diese sind äusserst schwach und gehen am eigentlichen Problem vorbei: Die neue XXL-UBS ist mindestens so gefährlich wie die Credit Suisse vor einigen Jahren. Sie ist einfach zu gross für die Schweiz. Und der Filz ist derselbe. Noch immer finanziert die UBS die drei bürgerlichen Bundesratsparteien grosszügig mit Spenden, wenn diese im Gegenzug Gesetze verhindern, die der XXL-UBS nicht passen. Mangels entsprechender Gesetze ist diese Form der Korruption in der Schweiz legal.

Und sie zeigt Wirkung. Bereits versucht die Mehrheit in Bundesrat und Parlament, die noch kurz nach der Krise vollmundig angekündigten Regulierungsvorhaben auf die lange Bank zu schieben. Die SP Schweiz lehnt dies entschieden ab. Es braucht jetzt sehr rasch klare Regeln für den Bankenplatz – in unserem ureigenen Interesse. Denn solange sich nichts ändert, bleiben wir mit der faktischen Staatsgarantie in der Geiselnhaft der Grossbanken. Mit der UBS XXL ist die Gefahr für Demokratie und Volkswirtschaft mindestens so akut wie vor zwei Jahren.

Der Bundesrat muss liefern

In einer Welt voller globaler Krisen sind gute Beziehungen zu Europa zentral. Der Bundesrat muss nun rasch ein ausgewogenes Gesamtpaket vorlegen, das den Lohnschutz und den Service public sichert sowie Rechtssicherheit schafft.



Mattea Meyer
Co-Präsidentin SP Schweiz

Globale Probleme wie Klimawandel, soziale Ungleichheit und bewaffnete Konflikte können nur international angegangen werden. Damit die Schweiz Lösungen mitgestalten kann, muss sie eng mit der EU zusammenarbeiten. Kommt hinzu: Die Schweiz liegt im Herzen von Europa. Die EU ist die wichtigste Handelspartnerin für Schweizer KMU, jede Fünfzehnte beschäftigte Person wohnt im grenznahen Ausland, viele von uns sind durch Familienangehörige, Freundinnen und Freunde eng mit europäischen Ländern verbunden. Gute Beziehungen zur EU sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit für eine weltoffene, soziale und handlungsfähige Schweiz.

Mit dem Abschluss der Verhandlungen ist ein erster wichtiger Schritt getan. Das neue Vertragswerk bietet eine Grundlage, um die Beziehungen zur EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Für die SP ist zentral, dass mit den neuen Abkommen die Rechtssicherheit gestärkt wird und die Personenfreizügigkeit erhalten bleibt. Damit erhalten Schweizer Unternehmen und auch die Forschung und Bildungsinstitutionen wieder Zugang zum europäischen Markt und EU-Programmen. Mit dem Ausbau der sogenannten Kohäsionsbeiträge beteiligt sich die Schweiz endlich namhafter am Ausbau der Demokratie und der Solidarität innerhalb Europas.

Der Bundesrat ist nun in der Verantwortung aufzuzeigen, wie er das gemachte Versprechen einlöst, die sozialen Rechte und namentlich den Lohnschutz zu garantieren. Denn die europapolitischen Abstimmungen der letzten 30 Jahren haben eines gezeigt: Die Menschen stimmen immer dann für Öffnung hin zu Europa, wenn sie mit einer Sicherung des sozialen Schutzes einhergeht.

Lohnschutz: Klare Verpflichtungen nötig

Die Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco, Helene Budliger, wählte an der Medienkonferenz des Bundesrates als die Eck-

punkte des Vertrags vorgestellt wurden denn auch klare Worte: Das Vertragspaket berge noch offene Fragen beim Lohnschutz.

Am Beispiel der Spesenregelung wird deutlich, wo diese liegen. Erhalten zum Beispiel ausländische Bauarbeiter weiterhin Spesen in hierzulande üblicher Höhe, wenn sie von ihrer ausländischen Firma in die Schweiz geschickt werden und wochenlang auf einer Schweizer Baustelle arbeiten? Da geht es schnell um Beträge von weit über tausend Franken pro Monat. Für den Bauarbeiter entscheiden die fairen oder eben unfairen Spesen darüber, ob er im Auto schlafen muss – und für die Schweizer Baufirma ist die Höhe der Spesen möglicherweise entscheidend dafür, ob sie gegenüber der ausländischen Firma einen Wettbewerbsnachteil hat.

Der Bundesrat steht in der Verantwortung, Lohndumping zu verhindern und faire Arbeitsbedingungen zu garantieren. Lohnschutz bedeutet im Kern, dass Menschen nicht ausgebeutet und gegeneinander ausgespielt werden können – diesseits wie jenseits der Grenze.

Gleiches gilt für den Service public bei Strom und Bahn. Die neuen Abkommen über den Strommarkt und den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr müssen die Qualität der Dienstleistungen sicherstellen und der ganzen Bevölkerung zugutekommen.

Europapolitik als Priorität

Der Erfolg der ausgehandelten Verträge hängt davon ab, wie entschlossen der Bundesrat handelt. Ein aussen- und innenpolitisches Gesamtpaket, das Löhne und Arbeitsbedingungen stärkt, ist ebenso entscheidend wie eine breite politische Abstützung. Die Vernehmlassung soll vor der Sommerpause 2025 eröffnet werden, damit das Parlament 2026 darüber beraten kann.

Die SP Schweiz wird mit aller Kraft an einer tragfähigen Lösung mitarbeiten.

FÜR SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

Ja zur Umwelt- verantwortungs- initiative



Wir müssen zukunftsfähig wirtschaften, damit wir den Wohlstand und die Umwelt für künftige Generationen erhalten können. Genau das verlangt die Umweltverantwortungsinitiative. Sie nimmt die Grosskonzerne in die Pflicht, die für viele Umweltschäden verantwortlich sind. Darum Ja am 9. Februar 2025.

Klimakrise, Artensterben, Verschmutzung von Wasser und Böden – die Art, wie wir wirtschaften, zerstört unsere Lebensgrundlagen und gefährdet den Wohlstand von uns und künftigen Generationen. Die natürlichen Ressourcen gehören der Allgemeinheit, doch werden sie immer häufiger privatisiert und dafür die Umweltschäden der Allgemeinheit aufgebürdet.

Die Umweltverantwortungsinitiative will das ändern. Sie fordert ein Wirtschaftssystem, das auf einer gerechten Verteilung der natürlichen Ressourcen und dem Verursacherprinzip basiert. Nicht mehr die Allgemeinheit – wir alle! – soll für die Umweltschäden aufkommen, sondern jene, die Natur und Mensch ausbeuten und davon profitieren. Mit einem Ja am 9. Februar sichern wir unsere Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand – heute und in Zukunft.



Hasan Candan
Nationalrat LU

Im Detail sprechen drei Gründe besonders für ein überzeugtes Ja:

- **Die Zeit drängt:** Je länger wir zuwarten, desto mehr Leid und Kosten verursachen Umweltkatastrophen. Die Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten werden massiv überschritten. Die negativen Auswirkungen sind bereits heute finanziell spürbar: Die Lebensmittelpreise sind in den letzten drei Jahren um 30 Prozent gestiegen, unter anderem wegen Ernteverlusten und höheren Produktionskosten nach Dürren oder Hitzeperioden. Wir müssen jetzt handeln, damit sich die Produktion von lokalen, gesunden und bezahlbaren Nahrungsmitteln für die Zukunft sichern lässt.
- **Für eine nachhaltige Wirtschaft und die Sicherung unseres Wohlstandes:** Die Schäden an der Umwelt werden immer grösser. Damit steigen auch die Kosten, die auf die Allgemeinheit überwälzt werden. Wenn wir jetzt nicht handeln, steigen Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Gesundheitskosten bis 2050 auf 15 bis 20 Prozent des Bruttonationalprodukts, wie verschiedene Fachstellen vorrechnen, etwa der Rückversicherer Swiss Re, das Bundesamt für Umwelt oder Infras. Das

bedeutet konkret, dass wir die ersten zwei Monate jedes Jahres nur arbeiten, um die Schäden zu bezahlen, die hauptsächlich von Grosskonzernen verursacht wurden.

Ein solches Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig. Unsere Wirtschaft darf nicht mehr Ressourcen verbrauchen, als unsere Umwelt verkraften kann. Die Investitionen in die Transformation unseres Wirtschaftssystems kommen uns allen zugute. Sie sichern langfristig unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze.

- **Für ökologische und soziale Gerechtigkeit:** Die natürlichen Ressourcen gehören uns allen und müssen gerecht verteilt werden. Für Umweltschäden müssen jene aufkommen, die sie verursachen und davon profitieren. Reiche Länder wie die Schweiz sind die Hauptverantwortlichen für die Klimakrise. Doch die Leidtragenden sind vor allem Menschen und Tiere in Ländern des globalen Südens. Sie sind besonders von Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen betroffen. Durch das Wegbrechen ihrer Lebensgrundlagen sind sie gezwungen ihr Land zu verlassen – die Klimakrise wird immer mehr zum Fluchtgrund.



Nutzen wir das riesige Solarpotenzial!

Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Doch mit dem aktuellen Tempo wird sie ihr Reduktionsziel für Treibhausgase verfehlen. Das muss nicht sein. Wenn wir die Sonnenenergie konsequent nutzen, können wir von den fossilen Energieträgern wegkommen – denn an Ausbaupotenzial mangelt es nicht!



Regina Fuhrer,
Grossrätin

Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen wir die Energiewende endlich umsetzen. Das bedeutet: weg von fossilen Energieträgern, hin zur Elektrifizierung der Wärme- und Verkehr. Das bedeutet aber auch: Wir brauchen mehr Strom.

Die Energiefrage beschäftigte auch das Schweizer Stimmvolk im letzten Jahr. Im Juni 2024 sagte eine überwältigende Mehrheit von fast 70 % Ja zum nationalen Stromgesetz. Es ist ein klares Statement: Ambitionierte Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien sind gewünscht. Jetzt muss die kantonale Politik

die notwendigen Massnahmen in die Wege leiten.

Das riesige Ausbaupotenzial der Sonnenenergie

Für die Erhöhung der Stromproduktion ist ein ausgewogener Mix aus einheimischen Energiequellen gefragt. Nebst der Wasserkraft, die schon weitgehend ausgeschöpft ist, wird die Sonnenenergie zur wichtigsten Energiequelle. Denn: Das ungenutzte Potenzial auf Dächern und an Fassaden ist enorm. Die Umweltallianz schätzt, dass man die Stromproduktion durch PV-Anlagen auf bereits bestehenden Bauten und Infrastrukturen in der gesamten Schweiz gegenüber heute tatsächlich versiebzehnfachen (!) könnte.

Auch der Kanton Bern hat mit seiner grossen Fläche und dichten Besiedlung unzählige Dächer und Fassaden, die für die Produktion von Solarenergie genutzt werden können. Würde man das volle Potenzial ausschöpfen, könnte man allein mit dem Solarstrom gut die Hälfte mehr als den heutigen Strombedarf des ganzen Kantons Bern decken. Mit einem Ja zur Berner Solar-Initiative sorgen wir dafür, dass dieses unglaubliche Solarpotenzial endlich genutzt wird!

Lokal, sicher und unabhängig

Solaranlagen auf Dach- und Fassadenflächen produzieren die Energie dort, wo sie

gebraucht wird – und sichern unsere Stromversorgung. Dadurch werden wir unabhängig von Atomstrom-Importen sowie von Gas und Öl aus teilweise autokratischen Staaten. Solaranlagen produzieren auch im Winter zuverlässig: Vertikal installierte Module – zum Beispiel an Fassaden – leisten einen essenziellen Beitrag, um den Winterstrombedarf zu decken; dank Solaranlagen auf Dach- und Fassadenflächen produzieren die Energie dort, wo sie gebraucht wird – und sichern unsere Stromversorgung. Dadurch werden wir unabhängig von Atomstrom-Importen sowie von Gas und Öl aus teilweise autokratischen Staaten. Solaranlagen produzieren auch im Winter zuverlässig: Vertikal installierte Module – zum Beispiel an Fassaden – leisten einen essenziellen Beitrag, um den Winterstrombedarf zu decken; dank ihrer Ausrichtung fangen sie die flache Sonneneinstrahlung effizienter ein.

Genug gewartet!

Solarenergie spielt eine Schlüsselrolle bei der Energiewende. Deshalb ist es zentral, dass wir mit der Berner Solar-Initiative den raschen Solarausbau ermöglichen und so eine nachhaltige Stromversorgung sicherstellen.

Ja zur Berner Solar-Initiative am 9. Februar – und bei der Stichfrage ein Kreuz bei der Volksinitiative!

«Eine Vollzeitstelle muss für ein würdiges Leben reichen»

Landrätin Pascale Meschberger erklärt, wieso ein Mindestlohn die Kaufkraft stärkt, vor Armut schützt und dem Gewerbe hilft.

Wie hoch wird der Mindestlohn sein?

Am 9. Februar geht es um eine grundlegende Frage. Wir stimmen darüber ab, ob Menschen mit Vollzeitbeschäftigung ein würdiges Leben führen können sollen. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Initiative fordert einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Dieser Lohn orientiert sich an den Mindestanforderungen, um ein Leben ohne Armut im Baselbiet zu ermöglichen.

Warum befürwortest du einen Mindestlohn?

Rund 7000 Menschen verdienen im Baselbiet weniger als 22 Franken pro Stunde. Sie sind trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet und können von dem tiefen Lohn nicht leben. Ich finde, eine Vollzeitstelle muss für ein würdiges Leben reichen. Besonders betroffen sind Frauen, und zwar das ganze Leben lang. Weil tiefe Löhne auch tiefe Renten bedeuten. Ich befürworte einen kantonalen Mindestlohn, um die Menschen vor Armut zu schützen.

Wie wirkt sich ein Mindestlohn aufs Gewerbe aus?

Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass die Schwarzmalereien der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände nicht stimmen. Dort, wo Mindestlöhne eingeführt werden, steigen die Tiefelöhne, ohne dass Arbeitsplätze verloren gehen. Der Mindestlohn stärkt sogar das Gewerbe. Er sorgt dafür, dass verantwortungsvolle Unternehmen nicht von Firmen mit Dumpinglöhnen unter Druck gesetzt werden. Gleichzeitig stärkt der Mindestlohn die Kaufkraft der Menschen. Höhere Löhne ermöglichen es den Menschen, mehr zu konsumieren, sei es ein Mittagessen in der Dorfbeiz oder ein Kinobesuch. Das ist ein Gewinn für die Gesellschaft und das lokale Gewerbe.

Wieso braucht das Baselbiet einen Mindestlohn?

Viele Menschen im Tieflohnbereich müssen vom Sozialstaat unterstützt werden. Es kann nicht sein, dass die Baselbieter Steuerzahlenden mit Sozialhilfegeldern unfaire Arbeitgebende subventionieren. Mit einem Mindestlohn geben wir den Menschen eine Chance, ohne staatliche Unterstützung über die Run-



Yasmine Perrinjaquet

den zu kommen. Gleichzeitig entlasten wir die Gemeinden und die Steuerzahlenden.

Mit welchem Gefühl blickst du auf den 9. Februar?

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Stimmberechtigten für eine würdige Entlohnung aller Beschäftigten entscheiden werden. Deshalb gehe ich davon aus, dass am 9. Februar eine Mehrheit Ja zur Mindestlohninitiative stimmen wird.

PAROLEN

3x Ja im Baselbiet

KANTONAL

JA zur Mindestlohninitiative
JA zur Wahlrechtsreform

NATIONAL

JA zur Umweltverantwortungsinitiative

Für alle da, doch selbst im Stich gelassen

Stell dir vor: Eine Pflegefachfrau kommt nach einer endloswirkenden Nachtschicht nach Hause. Ihr Rücken schmerzt, die Füsse sind schwer wie Blei, und ihre Gedanken kreisen noch immer um den Patienten, den sie während ihrer Schicht stabil halten musste. Oder denk an einen jungen Vater, der im technischen Dienst eines Spitals arbeitet. Nachts wird er aus dem Schlaf gerissen, weil eine lebenswichtige Maschine ausgefallen ist. Er steht auf, repariert und sorgt dafür, dass am Morgen alles wieder funktioniert.

Und dann wird diesen Menschen sinngemäss gesagt: «Es gibt keine Lohnerhöhung für euch. Eure Arbeit ist zwar systemrelevant, aber nicht wichtig genug, um sie auch finanziell zu würdigen.»

Trotz allem Einsatz: Kein Dank, keine Anerkennung

Seit Jahren müssen die Mitarbeitenden der Kantonsspitäler im Aargau auf eine angemessene Lohnentwicklung verzichten. Die Lohnverhandlungen für das Jahr 2025 sind erneut gescheitert. Kein zusätzlicher Rappen für alle, die Tag für Tag alles geben, um das Gesundheitswesen am Laufen zu halten – in einer Zeit, in der die Preise für Miete, Lebensmittel und Energie stetig steigen. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Mitarbeitenden ins Unermessliche. Die Unternehmensziele werden hochgesteckt. Immer mehr Patientinnen und Patienten sollen in derselben Zeit versorgt und operiert werden. Und doch hat die Leitung der Spitäler entschieden, den Mitarbeitenden die längst fällige Anerkennung zu verweigern.

Diese Entscheidung ist nicht nur ein finanzieller Schlag, sondern ein Schlag ins Gesicht. Es geht nicht bloss ums Geld. Es geht um Respekt, um Wertschätzung, um Gerechtigkeit. Die Menschen, die in den Spitalern arbeiten, sind keine Nummern auf einer Lohnliste. Es sind Mütter und Väter, Söhne und Töchter, die ihre Arbeit mit Hingabe und Herzblut leisten. Sie stehen Tag und Nacht am Bett von Patientinnen und Patienten, beruhigen verzweifelte Angehörige, kümmern sich um Sicherheit und Hygiene, sichern die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur – oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus.

Ein Vertrag, der gebrochen wird

Zudem besteht ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV), welcher eine Lohnentwicklung von 1% plus einen aktuellen Teuerungsausgleich vorschreibt. Diese Vereinbarung wird von den Spitalern seit Jahren missachtet, ohne Konsequenzen.

Doch was bleibt den Spitalangestellten? Die bittere Erkenntnis, dass ihre Anstrengungen nicht zählen, wenn es darauf ankommt.

Dass Zahlen auf einer Bilanz wichtiger sind als ihr täglicher Einsatz. Welche Botschaft sendet das an jene, die überlegen, in den Pflegeberuf einzusteigen? Und an die, die sich trotz der körperlichen und psychischen Belastung dazu entschliessen, im Beruf zu bleiben? Die Antwort ist klar: Ihr seid nicht wichtig genug.

Wer jetzt spart, zerstört die Zukunft

Dabei trägt der Kanton Aargau als Eigentümer der Spitäler die Verantwortung für seine Angestellten. Ein Kanton, der stolz auf sein Gesundheitswesen ist, darf nicht diejenigen vergessen, die es Tag für Tag möglich machen. Die Spitalleitungen und der Kanton müssen handeln. Es braucht keine leeren Worte, sondern Taten. Investitionen in die Menschen, die unser Gesundheitssystem tragen. Denn wer jetzt spart, zerstört das Fundament unserer Spitäler – und damit die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Die Annahme der Pflegeinitiative hat gezeigt, wie wichtig der Bevölkerung gute Arbeitsbedingungen in den Spitalern sind.

Jetzt ist die Zeit, hinzuschauen und zu handeln

Es ist Zeit, hinzuschauen. Hinzuschauen auf die Pflegekräfte, die nach einem weiteren Nachtdienst zu müde sind, um mit ihren Kindern zu spielen. Hinzuschauen auf die Bedürfnisse der Reinigungskräfte, die niemand wahrnimmt, obwohl sie Tag für Tag für Hygiene und Sicherheit sorgen. Hinzuschauen auf die jungen Berufseinsteigerinnen und -einsteiger, die sich fragen, ob sie in einem System eine Zukunft haben, das sie scheinbar nicht schätzt.

Lassen wir diese Menschen nicht im Stich. Sie verdienen nicht nur Anerkennung, sondern Respekt – und dieser Respekt zeigt sich auch auf der Lohnabrechnung. Jetzt ist die Zeit, für sie einzustehen. Nicht morgen, nicht nächstes Jahr. Jetzt. Denn ohne sie läuft nichts. Und eines Tages wirst auch du darauf angewiesen sein, dass in unseren Spitalern jemand da ist, der hinschaut, der handelt, der sich kümmert.

Dariyusch Pour Mohsen,
Regionalleiter VPOD Aargau/Solothurn, Buchs
Dimitri Spiess,
Pflegefachmann Kantonsspital Aarau, Aarau



Dimitri Spiess, Kantonsspital Aarau

Die AXPO – das Klumpenrisiko des Aargaus

28 % der Axpo gehören dem Aargau. Vor 2 Jahren musste der Bund die Axpo mit 4 Mia. CHF retten. 2022 machte die Axpo 3,15 Mia. CHF Verlust – hat diesen aber vertuscht. Für das Jahr 2024 erhält der CEO 1,8 Mio. CHF Lohn und Bonus. Die rund 50 Axpo-Händler sollen je bis 9 Mio. CHF Boni erhalten. Die Politiker:innen schäumen. Dabei könnten sie das längst ändern, denn Aargau (28 %) und Zürich (37 %) besitzen die Mehrheit. Aber die Bürgerlichen wollen lieber ihre neo-liberale Politik retten.



Leo Keller, Präsident
Fachausschuss Energie
und Klima, Aarau

Die Axpo gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Zuletzt wegen des Bonus des CEO: 1,8 Mio. CHF für das vergangene Jahr. Das war auch unserem Regierungsrat Attiger zu viel. Dass die Stromhändler das Mehrfache beziehen, kümmert ihn aber nicht. Dass die gleiche Abteilung vor 2 Jahren einen operativen Verlust von 3,15 Mia. CHF zu verantworten hatte, wurde geflissentlich verschwiegen. Auch die Rettung der Axpo im September 2022, als der Bund über Nacht 4 Mia. CHF Sicherheitskredite sprechen musste, beschäftigte die Politik kaum. Sie liess sich 2023 mit inhaltsleeren Zusammenfassungen abspeisen – die richtigen Analysen durften die Eigentümer (Regierungsräte von AG, ZH, SG, SH, TG, GL, ZG) nicht mal «einsehen» – «Betriebsgeheimnis einer AG» wurde moniert.

Das Hauptproblem: Die Axpo, die pro Jahr für ca. 1,5 Mia. CHF Strom produziert, ist längst ein internationaler Stromhändler geworden, der rund 20–30-mal mehr Strom kauft und verkauft. Die Axpo sitzt in 30 Ländern, inkl. USA und Singapur, und handelt in über 40 Ländern mit Strom. Domenico de Luca, der Chef der Handelssparte, versteht sich als «Strom-Investmentbanker». Er formulierte das mal ganz offen: «Für mich liegt unser Vorteil als Axpo-Gruppe darin, dass wir in der Lage sind, langfristige Risiken zu übernehmen.» Das liegt auch daran, dass die Axpo eine unausgespro-

chene Staatsgarantie hat und selbst Strom produziert. Nur: Die Eigentümer:innen haben das gar nie so beschlossen. Das wurde 2011 – 10 Jahre nach der Neo-Liberalisierung – vom VR der Axpo beschlossen, als sie die EG Laufenburg kauften – und damit das internationale Handelsgeschäft. Heute verschafft es der Axpo tolle Boni – manchmal Gewinne in die Staatskassen aber vor allem Risiken, die die Eigentümer gar nicht tragen können.

Das müssen der Aargau und Zürich zusammen endlich tun

1. Die Eigentümerstrategie jetzt darauf fokussieren, wozu die Verfassung sie verpflichtet: die Stromversorgung sicherstellen – und nicht Gewinn maximieren und hohe Risiken eingehen.
2. Die alten Verwaltungsräte auswechseln und die kompetenten neuen mit einem klaren, bindenden Mandatsvertrag ausstatten.
3. Die Axpo muss den neuen gesetzlichen Auftrag (Stromgesetz 69 % JA) konsequent umsetzen und bis 2050 14 TWh PV-Strom und 2,4 TWh Windstrom produzieren und so ihren Beitrag zur Stromversorgungssicherheit leisten.
4. Die hochspekulative «Handelsabteilung» muss so schnell wie möglich verkauft werden, sodass die Kantone spätestens 2026 keine Finanzrisiken mehr tragen müssen.

Bis 2035 muss die Axpo den Ausbau von PV, Windenergie und Stromspeichern konsequent vorantreiben und die massiven Risiken im Stromhandel radikal reduzieren.

Dem Rechtsrutsch entgegentreten



Der Rechtsrutsch in der Schweiz und im Kanton Aargau ist alarmierend. Rechtsbürgerliche Parteien gewinnen weltweit mit populistischen Angstkampagnen und vereinfachten Scheinlösungen an Boden. Ihre Politik gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schadet besonders jenen, die auf Solidarität angewiesen sind.

Die Folgen des Rechtsrucks sind absehbar: Abbaumassnahmen im Sozialbereich, eine lasche Klimapolitik und Angriffe auf die Rechte von Minderheiten. Besonders im Aargau drohen dank der rechtsliberalen Marktgläubigkeit Privatisierungen und eine Schwächung des Service public. Gleichzeitig verschärft sich die soziale Ungleichheit, während dringend nötige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz ausbleiben.

Die SP Aargau hat die besseren Alternativen: bezahlbarer Wohnraum, faire Löhne und familienfreundliche Strukturen. Wir verbinden Klimaschutz mit sozialem Ausgleich – etwa durch nachhaltige Mobilität und den Ausbau erneuerbarer Energien, die für alle zugänglich sind.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern, Gewerkschaften und progressiven Bündnispartnern setzen wir uns ein für eine Politik, die die Interessen der breiten Bevölkerung und nicht jene der Privilegierten und Mächtigen in den Vordergrund stellt. Wir setzen auf Dialog, Solidarität und den Mut, unpopuläre, aber notwendige Positionen zu vertreten.

Der Kampf gegen den Rechtsrutsch ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Aber mit Entschlossenheit und einem starken Engagement bringen wir den Aargau wieder auf Kurs.

Stefan Dietrich, Co-Präsident SP Aargau,
Bremgarten



Für mehr Inklusion: Islam Alijaj ergreift das Wort am Parteitag 2023 in Biel.

«Wir Menschen mit Behinderungen haben genug!»

Am Parteitag Ende Februar steht das Thema Inklusion im Zentrum. Treibende Kraft hinter dem Positionspapier ist der Zürcher Nationalrat Islam Alijaj. Denn meistens reden und bestimmen Menschen ohne Behinderungen über Menschen mit Behinderungen. Damit muss endlich Schluss sein. Interview von Pia Wildberger

Menschen mit Behinderungen machen 22 Prozent der Bevölkerung aus, das sind 1,8 Mio. Personen in der Schweiz. Inklusion betrifft also viele. Weshalb hat die AG Inklusion dieses Positionspapier gerade jetzt ausgearbeitet?

Islam Alijaj: Weil wir jetzt ein «Window of Opportunity» haben und damit einen optimalen Zeitpunkt, um tatsächliche Inklusion umzusetzen. Wir Menschen mit Behinderungen haben genug! Wir wollen nicht mehr warten und vor allem nicht mehr zurückstecken. Und dafür setzen wir uns auch ein. 2023 fand die Behindertensession im Parla-

ment statt. Die Inklusionsinitiative haben wir 2024 eingereicht. Und kurz vor Weihnachten präsentierte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sogar einen Vorschlag für ein Inklusionsgesetz.

Die SP Schweiz kämpft seit langem für Inklusion. Woran müssen wir innerhalb der Partei noch arbeiten?

Ich denke, die SP ist bereits sehr gut unterwegs. Doch wie überall gilt es, am Mindset zu arbeiten. Das ist kein Vorwurf: Wir alle sind damit aufgewachsen zu denken, dass Menschen mit Behinderungen arme, hilf-

AUF ZUM PARTEITAG!

Am nationalen Parteitag vom 22. Februar in Brig steht die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Zentrum. Die Arbeitsgruppe Inklusion der SP Schweiz präsentiert das Positionspapier «Nicht über uns ohne uns – Inklusion jetzt!». Es fasst die wichtigsten Forderungen zusammen und zeigt auf, wo die Politik dringend handeln muss. Denn es ist höchste Zeit für eine Veränderung.

Daneben lädt am Parteitag eine Resolution «Für ein modernes Bürgerrecht» dazu ein, über Demokratie nachzudenken. Weitere Höhepunkte sind die Reden unseres Co-Präsidiums, Mattea Meyer und Cédric Wermuth, sowie unseres Bundesrats Beat Jans. Hier kannst du dich noch bis zum 7. Februar anmelden: www.sp-ps.ch/veranstaltung/brig2025 Wir freuen uns auf dich!



lose Geschöpfe sind. Doch auch wir haben ein Potenzial, das wir entfalten wollen. Sei es in der Schule, in der Wirtschaft oder eben in der Politik. Bei der politischen Partizipation kann die SP einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, um diese voranzutreiben. Zum Beispiel, indem sie aktiv Menschen mit Behinderungen motiviert, für ein Amt zu kandidieren, etwa für den Gemeinderat oder den Kantonsrat.

«Wir alle sind damit aufgewachsen zu denken, dass Menschen mit Behinderungen arme, hilflose Geschöpfe sind.»

Die Schweiz hat die UN-Behindertenrechtskonvention bisher nur unzureichend umgesetzt. Wo wird die Umsetzung blockiert?

Ja, es fehlt an einer konsequenten Umsetzung. Es gibt weder eine umfassende Strategie noch einen Aktionsplan. Gesetze werden weiterhin ohne die Beteiligung von Betroffenen und aus einem defizitorientierten Verständnis von Behinderung heraus erlassen. Um die von der Konvention geforderte Inklusion endlich umzusetzen, braucht es aber klare Ziele, Zuständigkeiten und einen verbindlichen Plan.

Welche Massnahmen braucht es, um Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen und die Ausbeutung in geschützten Werkstätten zu beenden?

Der Schlüssel hier ist Assistenz, die nicht von Arbeitgeber:innen-Seite getragen wird. Die IV sollte die Assistenzbeiträge so ausbauen, dass Betroffene im Beruf ihre Behinderungen egalalisieren können. Ausserdem können Menschen im zweiten Arbeitsmarkt keine Altersvorsorge aufbauen, weil das nicht vorgesehen ist. Das müssen wir als gewerkschaftliche Stimme ändern.

Die AG Inklusion übt im Positionspapier viel Kritik an Sozialversicherungen wie der IV. Was funktioniert nicht?

Auch die IV ist noch im Mindset des letzten Jahrhunderts und hat das Bild des armen, hilflosen Geschöpfes im Kopf. Und dieses arbeitet nicht, sondern ist auf Hilfe und Fürsorge angewiesen. Auch das müssen wir ändern.

Was sind die dringendsten Schritte, um Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten?

Priorität sehe ich aktuell beim öffentlichen Verkehr. Seit über einem Jahr befinden wir uns in einem gesetzeswidrigen Zustand, denn eigentlich hätte per 1. Januar 2024 der gesamte ÖV barrierefrei sein müssen. Es gibt nun einen Austausch über einen gemeinsamen runden Tisch mit allen Stakeholdern, um einen gemeinsamen Umsetzungsplan zu entwickeln.

Im Positionspapier wird ein Paradigmenwechsel hin zur Subjektfinanzierung gefordert. Was bedeutet das konkret?

Ich nehme mich als Beispiel: Durch Assistenz kann ich meine Behinderungen egalisieren. Das bedeutet für mich, dass ich mich beruflich entwickeln und mein politisches Amt als Nationalrat ausüben kann. So bin ich unabhängig – persönlich, aber auch vom Staat. Durch meine Arbeit ist es mir zudem möglich, mir eine Altersvorsorge aufzubauen, was auch beträchtlich zu meiner Unabhängigkeit beiträgt. Die Subjektfinanzierung stellt den Menschen in den Vordergrund und ermöglicht damit ein selbstbestimmtes Leben mit allem, was dazugehört: Wohnen, Arbeiten, Kultur usw.

Menschen mit Behinderungen sind auf und nach der Flucht mit hohen Hürden konfrontiert. Wo liegen hier die besonderen Schwierigkeiten?

Die Unterkünfte für Asylsuchende sind oftmals nicht barrierefrei und die Behörden, die ohnehin schon überfordert sind, wissen nicht, wie mit Behinderungen umgehen. Und es fehlt an einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit.

Welche strukturellen Massnahmen sind notwendig, um Frauen mit Behinderungen besser vor Gewalt und Missbrauch zu schützen, sowohl im privaten Umfeld als auch in Institutionen?

Auch hier muss am Mindset gearbeitet werden. Zudem müssen Anlaufstellen auch barrierefrei gestaltet sein. Es gibt nur ein einziges barrierefreies Frauenhaus, das befindet sich in Chur. Das ist viel zu wenig. Beratungsangebote zum Beispiel müssen in Gebärdensprache, in leichter Sprache und in Brailleschrift angeboten werden, um den Zugang barrierefrei zu ermöglichen. Und die Gesellschaft darf nicht wegschauen: Gerade sexualisierte Gewalt passiert auch in diesem Kontext oft.



GEHÖRLOSE MITGLIEDER STELLEN DIE SP VOR

Wer Stanko Pavlica besucht, bekommt Einblick in eine ganz besondere Welt: Der Filmemacher hat sein Studio in einer alten Fabrik im Zürcher Säuliamt eingerichtet und dreht dort für Unternehmen und die öffentliche Hand Videos mit Verdolmetschung in Gebärdensprache. Alle Mitarbeiter:innen – von der Assistentin bis zum Kameramann – sind gehörlos, auch Stanko Pavlica. Und dennoch ist die Kommunikation mit Hörenden kein Problem – für die ist es im Studio bloss ungewohnt ruhig.

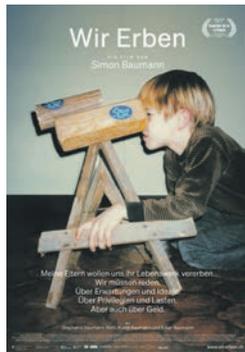
Für die SP stehen die Ärztin Tatjana Binggeli und der Kommunikationsfachmann Christian Gremaud vor der Kamera. Als gehörlose Mitglieder bringen die beiden, die auch für die Nationalratswahlen 2023 kandidierten, die Botschaften der SP überzeugend rüber. Kamera ab! Im Video stellen sich die beiden kurz vor. Abschnittweise übertragen sie dann den Text auf dem Teleprompter in die schweizerdeutsche und französische Gebärdensprache – und schon sind die fünf Minuten um, die das Video dauern soll. Dank dem Green Screen, dem grünen Hintergrund, wird Stanko Pavlica später Bilder ins Video einblenden können. Für Gehörlose reicht es nicht, Videos zu untertiteln. Streng genommen ist die geschriebene Sprache für Gehörlose eine Fremdsprache. Die Übertragung in Gebärdensprache ist darum inklusiver. Ganz herzlichen Dank an Stanko Pavlica, Tatjana Binggeli und Christian Gremaud für den tollen Einsatz!

Im Kino: Wir Erben

Stephanie und Ruedi Baumann vertraten einst die SP und die Grünen im Parlament. Dann wanderten sie aus und bauten sich eine neue Existenz auf. Jetzt steht die Übergabe an die nächste Generation an. Wer erbt? Simon Baumann hat dazu einen sehr persönlichen Film gedreht. Pia Wildberger

Wir fahren mit Simon Baumann im Lieferwagen quer durch Frankreich, 1000 Kilometer, die Scheibenwischer vor den Augen und den Rhythmus eines Blues-Songs im Ohr, «This is what I'm doing» von Dick Stusso begleitet uns in den Süden. Der Dokumentarfilmer nimmt die Zuschauer mit auf den Bauernhof seiner Eltern in Frankreich, die in den Nullerjahren dem Schweizer Parlamentsbetrieb den Rücken kehrten, um in der EU neu anzufangen. Sie haben es geschafft. Heute sind Ruedi (Grüne) und Stephanie Baumann (SP) beide über 70, zwar noch nicht gebrechlich, aber das Alter macht sich immer stärker bemerkbar. Was wird aus dem Hof, den 70 Hektaren Biodiversität, den Maschinen, der Arbeit und der Einsamkeit? Wer übernimmt?

Die beiden Söhne Simon und Kilian Baumann haben sich in der Schweiz ein eigenes Leben als Dokumentarfilmer beziehungsweise als Landwirt aufgebaut. Kilian vertritt zudem die Grünen unter der



Der Film «Wir erben» wurde am Filmfestival Locarno uraufgeführt und kommt ab Ende Januar in die Kinos. Manche Vorführungen finden in Anwesenheit von Stephanie, Ruedi oder Simon Baumann statt – ein Blick ins aktuelle Kinoprogramm lohnt sich.

→ www.wiererben.ch

Bundeshauskuppel. «This is what I'm doing.» Den Hof in der Ferne zu übernehmen, steht nicht auf der Wunschliste der beiden. Sie haben Familie, besitzen selbst ein Haus.

Viel Geld

Das Thema ist nicht nur für die Familie Baumann aktuell. In der Schweiz ist jeder zweite Vermögensfranken geerbt. 90 Prozent der Bevölkerung dürften in ihrem Leben einmal etwas erben – die meisten wenig, und ganz wenige sehr viel. Das hat der Lausanner Wirtschaftsprofessor Marius Brühlhart errechnet. Erbschaften und Schenkungen haben sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt und betragen 2024 rund 97 Milliarden – doppelt so viel, wie die AHV ausbezahlt.

Oder doch verschenken?

Eine gewisse Sensibilität für das Thema setzt der Film voraus. Wer erbt? In persönlichen Gesprächen kreisen die Familienmitglieder lange um diese Frage. Ein Verkauf des Be-

triebs ist für Bauer Ruedi Baumann undenkbar. Grund und Boden bedeuten Sicherheit und Freiheit, auch für die kommenden Generationen. Einfühlsame Bilder zeigen ihn auf dem Traktor und lassen erahnen, wie viel ihm der Betrieb bedeutet. Stephanie Baumann hingegen hört eher die Zwischentöne im Familiengefüge und bringt den Zwiespalt zwischen Privilegien und schlechtem Gewissen zum Ausdruck.

Der Film berührt durch seinen Witz, seine Ehrlichkeit und das beharrliche Nachfragen, was es mit dem Erben auf sich hat. Er zeigt, wie man sich das Erben «schönredet», wenn – wie es im Film heisst – «Verschenken doch eigentlich die moralisch schönste Variante wäre». Und wie man für die Einführung einer Erbschaftssteuer sein kann und trotzdem versucht, den Hof steuerfrei zu vererben.

Regisseur Simon Baumann gelingt ein intimes Familienporträt, das auch dadurch beeindruckt, wie die Familie in einer existenziellen Frage einen Weg findet und Stephanie und Ruedi Baumann vielleicht – das offene Ende lässt hoffen – zu neuen Ufern aufbrechen.

Unbedingte Kinoempfehlung.



Stephanie und Ruedi Baumann auf ihrem Hof im Südwesten Frankreichs.

Bild: J. J. aus «Wir Erben»



Kochen mit der Natur

In Lisa Jankovics kreativer Küche kommt auf den Tisch, was die Natur der Alpen hergibt, regional und saisonal. Das können auch mal Tannzapfen sein. Pia Wildberger

Bis Thusis verläuft die Reise im Nebel, doch dann öffnet sich der Himmel – und wir treffen auf 1600 Meter über Meer im bündnerischen Lohn bei Lisa Jankovics ein. Die Türe des Bauernhauses führt direkt in die Küche, ins Herz des Eventlokals. Links wartet eine Kiste mit gefrorenen Tannzapfen auf Verarbeitung, Köchin Lisa steht bereits am Herd und rührt in einem grossen Topf mit einer Kombucha-Kultur. «Das gibt dann eine Art Gummibärchen», verrät sie. Im Winter produziert sie für den Hofladen allerlei Köstlichkeiten und Getränke. Das Lokal öffnet erst Ende Februar wieder.

Die Küche ist nicht wie jede andere: Wir sind zu Gast bei Rebecca Clopath, die die Küche der Alpen neu ausgelotet hat. Lisa arbeitet seit über zwei Jahren in deren exklusivem Lokal, in dem ausschliesslich Zutaten aus dem Alpenraum die «Essenswahrnehmung» bestimmen – ein kulinarisches Abenteuer erster Güte.

Und so kommt es, dass die Pilzkultur, die auf dem Herd köchelt und dem Raum eine feine, leicht säuerliche Note verleiht, zu einer Süssigkeit verarbeitet wird. Die Tannzapfen aus Wildernte wird Lisa Jankovics später für einen «Tannen-Sour» ansetzen, der dann

im Frühling einem Mocktail eine besondere Note geben wird.

Wenn der Pfeffer fehlt

Für Lisa Jankovics ist klar, dass nur klimafreundlich ist, wer regionale Zutaten verarbeitet. «So kocht man automatisch saisonal, das ist das Wichtigste.» Also derzeit Kohl, Pastinaken, Chicorée und Randen? «Und eingelegtes oder fermentiertes Gemüse vom Sommer.»

Vermisst Lisa Jankovics in der Alpenküche weder Pfeffer noch Zimt? Die Beschränkung auf Zutaten aus dem Alpenraum ist für sie keine Einschränkung. «Ich lasse mich von der Natur leiten, werde kreativer und kaufe, was sinnvoll ist.» In ihren Augen empfiehlt sich diese Art der Küche gerade auch für Menschen, die keinen engen Bezug zur Natur haben. «So befasst du dich automatisch mehr mit deiner Umwelt», sagt das SP-Mitglied, das erst seit wenigen Jahren oberhalb der Nebelgrenze lebt.

Die Lehre zur Köchin hat sie im Spital in Rorschach absolviert, und der Weg zur Erlebnisgastronomie der Spitzenklasse führte sie durch die unterschiedlichsten Restaurants in der Schweiz mit einem kurzen Abstecher nach Deutschland. In der Freizeit spielt sie im Streichorchester von Thusis Geige, besucht Freund:innen oder verbringt Zeit mit der Familie. Der SP ist sie beigetreten, weil die Zukunft feministischer werden muss und die rechten Kräfte immer stärker werden. «Da braucht es einen gesunden Gegenspieler.»

Der Links-Redaktion tischt sie eine regionale Spezialität aus dem Rheintal auf, wo sie aufgewachsen ist: Ribelmais mit Kompott und Lupineninfusion. Der Ribel entfaltet in der Röstpfanne ein rundes Aroma, das wunderbar mit dem süss-sauren Kompott harmoniert. Seine Vollendung findet der feine Ribel, wenn man ihn in die Lupineninfusion tunkt und den Löffel erst dann zum Mund führt. En Guete!

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Rheintaler Ribelmals mit Apfelkompott und Lupineninfusion

Rezept für 4 Personen

Zutaten

- 500 g Ribelmals
- 300 g Milch oder Hafermilch
- 300 g Wasser
- 1 TL Salz
- 2–4 EL Butter oder Rapsöl
- 600 g Äpfel, säuerlich

Zubereitung

Milch und Wasser aufkochen, salzen und Ribel zugedeckt 6 Stunden einweichen.

Wenig Butter oder Rapsöl in einer Bratpfanne erwärmen, Ribel darin gold-braun rösten. Immer wieder ein bisschen Butter oder Öl beifügen, 10 bis 15 Minuten den Ribel mit der Holzkelle umrühren und weiterrösten (Ribeln). Salzen nach Belieben.

Apfelkompott

Äpfel waschen, ganz im Ofen in einer Gratinform bei 180 Grad für 30 bis 40 Minuten schmoren. Leicht auskühlen, Schale und «Bitzgi» entfernen und mit einer Gabel zerstampfen. Nach Belieben mit Birnel, Honig oder Zucker süssen. Es können auch andere Früchte verwendet werden. Geeignet sind neben Äpfeln Chriesi, Zwetschgen, Aprikosen, Pfirsiche oder Birnen.

Lupineninfusion

- Lupine, geröstet und gemahlen
- Wasser
- Bialetti-Kaffeemaschine

Wasser in die Espressokanne geben, Filtersieb einlegen. Achtung: nur $\frac{2}{3}$ der Menge von normalem Pulver in das Sieb füllen, nicht festdrücken. Bei mittlerer Hitze aufkochen lassen.

Bon appétit!

Kann ein Mensch zu reich sein?

Je reicher, desto umweltverschmutzender – auf diese Kurzformel lässt sich die Klimabilanz der Reichsten dieser Welt herunterbrechen. Professorin Ingrid Robeysn plädiert daher für «Limitarismus». Roman Rossfeld

Die Aufregung war gross, als der Unternehmer und ehemalige SVP-Nationalrat Peter Spuhler im Sommer 2024 – medial geschickt inszeniert – mit dem präventiven Wegzug aus der Schweiz drohte, sollte die von der JUSO eingereichte «Initiative für eine Zukunft» zur Abstimmung gelangen. Diese fordert eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über 50 Millionen Franken.

Die heftige Reaktion zeigt: Nach wie vor ist unser wirtschaftliches Denken stark von Expansion und Grenzenlosigkeit geprägt: Nach unten wird die Einführung von Mindestlöhnen für den Schutz der Ärmsten bekämpft, und nach oben ist eine Begrenzung teilweise obszön hoher Spitzengehälter, Erbschaften oder Vermögen tabu. Inzwischen warnen aber selbst Multimillionäre und Milliardäre davor, dass die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich zu gross sind. Organisationen wie «taxmenow», eine Initiative von Vermögenden für mehr Steuergerechtigkeit, oder die «millionaires for humanity» plädieren für eine höhere Besteuerung der Reichen.

Eine Bedrohung für die Demokratie

Das Buch «Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss» von Ingrid Robeysn schliesst an diese Überlegungen an und fragt, weshalb extremer Reichtum unserer Gesellschaft schadet und begrenzt werden muss. Als «Limitarismus» bezeichnet die Ökonomin und Professorin für Ethik an der Universität Utrecht ihre Überzeugung, dass es eine ethische und politische Obergrenze des Reichtums geben müsse, weil der exzessive Reichtum einiger weniger besser genutzt werden könne als für Superyachten, Luxusimmobilien oder Privatflugzeuge. Grenzenloser Reichtum und grosse Vermögensungleichheiten sind für sie nicht nur eine Bedrohung für die politische Gleichheit und die Demokratie, sondern stecken auch «die Welt in Brand». Weltweit sind die obersten zehn Prozent auf der Einkommensskala durch ihren höheren Luxuskonsum für rund fünfzig Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Der Reichtum einer Person ist gemäss Robeysn der beste Indikator dafür, «wie umweltverschmutzend ihr Lebensstil ist».

Robeysn warnt davor, «dass uns die Unverletzlichkeit von Eigentumsrechten eine bewohnbare Erde kostet». Steuervermeidung durch die Nutzung der auf Superreiche ausgerichteten «Wealth-Defense-Industry» (zu Deutsch: Vermögens-Verteidigungs-Industrie) beschreibt sie als «die am weitesten verbreitete Form schmutzigen Geldes». Um die Gesellschaft gerechter – und auch für Superreiche gesünder – zu machen, schlägt Robeysn ein ganzes Bündel von Massnahmen vor. Neben der «Demontage der neoliberalen Ideologie» plädiert sie unter anderem dafür, «die fiskalische Handlungsfähigkeit des Staates» wiederherzustellen, «schmutziges Geld zu konfiszieren», «die Managergehälter zu begrenzen» oder «der Vererbung von Vermögen von einer Generation an die nächste Einhalt zu gebieten». Limitarismus ist für Robeysn ein «regulatives Ideal»; die wichtigste Veränderung ist für sie aber, dass wir die Mantras «Gier ist gut» und «Der Himmel ist die Grenze» aufgeben.

Initiative der JUSO

Das Buch liefert ein breites Argumentarium zum Abstimmungskampf (und den Auswanderungsdrohungen von Multimillionären und Milliardären) zur Erbschaftssteuer-Initiative der JUSO. Die Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» möchte den ökologischen Umbau der Wirtschaft – wie Robeysn – über eine höhere Erbschaftssteuer finanzieren. Es ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, mehr Wirtschaftsdemokratie zu wagen, zu der Robeysn schreibt: «Wir haben die Vererbung politischer Macht abgeschafft; warum sollten wir dann nicht auch die Vererbung wirtschaftlicher Macht abschaffen?»



Ingrid Robeysn, **Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss**, 2024

5

Fragen an
Marion Weik

50, Entertainerin und Betriebsökonomin aus Rombach (AG)

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Der Auslöser war die Wahl von Donald Trump, daneben aber auch der allgemeine Rechtsrutsch, den man überall spürt. Ich wollte ein Zeichen setzen und etwas tun, das mir guttut. Mir gefällt auch, wie Matteo Meyer und Cédric Wermuth gemeinsam an der Spitze der Partei stehen. Mich überzeugen ihre Frische und Präsenz. Aber ich war schon immer links.

2. Stammst du aus einer linken Familie?

Bei uns zuhause war die Politik nicht Tagesgespräch, aber in der Haltung präsent. Meine Mutter kommt aus einer Stadtzürcher Arbeiterfamilie. Geprägt haben mich die starken und liebevollen Frauen der Familie – die Mutter und die beiden Grossmütter. Mein Vater stammt ursprünglich aus Deutschland. Während der Schwarzenbach-Initiative Anfang der 1970-Jahre musste er sich im ländlichen Kanton Aargau so einiges anhören. Meine Eltern, die mehrere Jahre in Mexiko City gelebt hatten und sich dann in der Schweiz im Aargau niederliessen, traten diversen Vereinen bei und halfen mit, den lokalen Elternclub und die Spielgruppe zu gründen. Meine Mutter war für die SP in der Schulpflege. So integrierten sie sich.

3. Das Thema Integration begleitet dich durchs Leben.

Nebst meiner Selbständigkeit im Kulturbereich arbeite ich beim Heks und berate gut ausgebildete Ukrainer:innen bei ihrer beruflichen Integration. Das ist mein Standbein. Eigentlich bin ich ausgebildete Betriebsökonomin, setze meine Kenntnisse aber in ganz unterschiedlichem Zusammenhang ein. Ich habe beispielsweise auch mehrere Jahre im Bildungsbereich gearbeitet oder die Nachhaltigkeitsberichte von börsenkotierten Schweizer Unternehmen wissenschaftlich untersucht.

4. Bekannt bist du als Sängerin von Sugar and the Josephines.

Neben meinem Standbein habe ich ein Spielbein: Die Bühne. Ich bin Sängerin, Tänzerin und Bandleaderin. Mit der Jazz- und Chanson-Combo Sugar and the Josephines feiern wir dieses Jahr unser 20-jähriges Bandjubiläum. Mit meinem Mann, dem Musiker Steven Parry, führe ich unsere Firma Schalldose. Hier bündeln wir unsere Musik-, Tanz- und Audio-Projekte. Unter dem Titel Showtime bieten wir zum Beispiel Tanzkurse für Kinder an, oder Steven hat das Sounddesign für den Dokumentarfilm über Büne Huber gemacht.

5. Kultur prägt dein Leben?

Mein Engagement für den Kulturbereich ist eine Herzensangelegenheit. Die Kultur darf nicht zu kurz kommen! Sie darf und muss etwas kosten. Als Bandleaderin bin ich des Öfters mit diesem Thema konfrontiert und muss erklären, dass auch Musiker:innen von ihrer Arbeit leben können müssen. Auch das ist Politik – Wirtschaftspolitik.

Pia Wildberger

BUCHBESPRECHUNG

**Aus Ex-Jugoslawien
nach Österreich**

Toxische Pommes, Autorin und Comedian, ist bekannt für ihre satirischen TikTok-Videos, die soziale Normen und politische Heuchelei thematisieren. Mit «Ein schönes Ausländerkind» legt sie einen Roman vor, der mit bissigem Humor die Themen Migration, Identität und gesellschaftliche Stereotype aufgreift.

In den 1990er-Jahren flieht die Erzählerin mit ihren Eltern vor dem Jugoslawienkrieg nach Österreich. Statt Asyl zu beantragen, entscheiden sich die Eltern für den Gastarbeiter:innen-Status – in der Hoffnung auf bessere Chancen. Das Ziel der Familie ist klar: Perfekte Migrant:innen werden, um sich die österreichische Staatsbürgerschaft zu verdienen. Die Nachbarin bestätigt, sie seien «nicht wie andere Ausländer» und hätten ein «schönes Ausländerkind». Die Tochter soll mit Bestnoten glänzen und ansonsten unauffällig bleiben, während die Eltern sich Arbeit und Aufenthaltserlaubnis sichern wollen. Trotz hoher Qualifikation erweist sich das als grosse Herausforderung. Die Bemühungen des Vaters scheitern an den Behörden. Die Mutter putzt zunächst bei der Nachbarin, absolviert parallel eine Ausbildung und ist bald mit Arbeit und Lernen ausgelastet. Der Vater, zunehmend zurückgezogen, verbringt seine Tage in der Wohnung, die er penibel sauber hält, und verstummt allmählich. Das Streben nach Perfektion fordert einen hohen Preis. Die Erzählerin erkennt: «Ich hatte alles richtig gemacht, den Ausländer in mir wegintegriert, war weiss, christlich, ass Schweinefleisch. Ich hatte studiert, promoviert, gearbeitet und Schlafprobleme seit ich fünfzehn war. (...) Und dennoch fühlte ich mich innerlich tot.»

Der Roman erzählt die Geschichte einer südosteuropäischen Familie, zwischen Bosnien, Montenegro, Kosovo, Serbien und Österreich – es könnte auch die Schweiz sein. Wie bei vielen Familien aus Ex-Jugoslawien sind auch ihre Verwandten über x Staaten verstreut. Erst nach dem Lachen wird die Schwere der Thematik spürbar. Der satirische Blick und die pointierten Szenen, mit denen Toxische Pommes in ihren Videos Bekanntheit erlangte, prägen auch den

Roman. Ein lesenswertes Buch – ob mit oder ohne Migrationserfahrung.

Aleksandra Zdravković



Toxische Pommes,
**Ein schönes
Ausländerkind**, 2024

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Gesund trotz Schichtarbeit

Kurs Nr. D2.2.2503
20. März 2025 in Luzern
Unregelmässige Arbeits- und Ruhezeiten sind ungesund. Deshalb müssen Betriebe mit Schichtarbeit strenge gesetzliche Vorgaben einhalten. In diesem Kurs lernen Mitarbeitende und Vorgesetzte, mit Schichtarbeit besser umzugehen. Dazu gehören Tipps für besseren Schlaf und gesunde Ernährung, aber auch Massnahmen für eine optimierte Arbeitszeitorganisation.

Protokollführung

Kurs Nr. D1.8.2504
1.–2. April 2025 in Sigriswil
Das Protokoll dient nicht nur der Information und Kontrolle; es ist auch ein wichtiges Führungsinstrument. Protokolle sind immer mehr ein Vorbereitungstool für die nächste Sitzung. Protokollführung ist anspruchsvoll

und wichtig. Die Teilnehmenden üben, die wesentlichen Aussagen und Entscheidungen schriftlich festzuhalten.

Schreiben leicht(er) gemacht

Kurs Nr. D2.6.2501 –
7.–8. April 2025 in Bern
Wie muss ein Text geschrieben sein, damit ihn alle lesen und auch verstehen können? Wie bringen wir unser Thema kurz und knackig auf den Punkt? In diesem Kurs befassen wir uns mit stilistischen Grundregeln, mit Grammatik und Rechtschreibung. Kreative Schreibübungen und Mustertexte wecken die Lust am Schreiben.

Wie funktioniert meine Pensionskasse?

Kurs Nr. D2.3.2507
13. Mai 2025 in Zürich
Wie ist die 2. Säule – die berufliche Vorsorge – aufgebaut? Was

sind die Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen der Pensionskassen? Welche Leistungsarten gibt es? Und wie sind die Vorsorgeausweise der Pensionskasse zu lesen und zu verstehen? Diese Fragen werden in diesem Kurs zur beruflichen Vorsorge beantwortet.

Basiskurs für Mitglieder von Personalvertretungen

Kurs Nr. D1.7.2502
14.–16. Mai 2025 in Sigriswil
Welche Aufgaben und Rechte haben Mitglieder von Personalvertretungen? Was sind ihre Ziele? Die Teilnehmenden lernen die Grundlagen und vielseitigen Aufgaben von Personalvertretungen kennen. Weiter erhalten sie viele praktische Tipps, wie sie ihre Arbeit am besten organisieren.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 058 218 00 00

AGENDA 2025

FR, 24. JANUAR
Delegiertenversammlung
SP60+, Bern

FR, 21. FEBRUAR
Neujahrsapéro der
SP Migrant:innen, Olten

SA, 22. FEBRUAR
Parteitag in Brig

SA, 15. MÄRZ
Mitgliederversammlung
SP queer, Basel

FR, 28. MÄRZ
Parteirat

DI, 1. APRIL
Feministischer Sessionsrückblick, Zürich



Aktuelle Infos unter
www.sp-ps.ch/agenda



Stadtrundgänge ZH Kolonial

Mit dem Verein ZH Kolonial haben wir Stadtrundgänge zur Geschichte des Kolonialismus und Rassismus in Zürich erarbeitet. Wir bieten zwei Stadtrundgänge an: einen mit Fokus auf die Wirtschaft und einen mit Fokus auf die Kultur.

Fokus Wirtschaftliche Ausbeutung und Kolonialismus

Samstag, 29. März, 14 Uhr
Sonntag, 13. April, 14 Uhr
Freitag, 9. Mai, 14 Uhr

Fokus Wissenschaft, Kultur und Kolonialismus

Samstag, 12. April, 14 Uhr
Freitag, 23. Mai, 17.30 Uhr
Freitag, 13. Juni, 17.30 Uhr

«Das Lied der anderen – auf der Suche nach Europa»

Filmvorführung mit Diskussion
Samstag, 1. Februar, 14 Uhr,
Kino Houdini, Zürich

Der Schweizer Regisseur Vadim Jendreyko bahnt sich einen Weg durch den Kontinent, auf den Spuren von dessen bewegter Vergangenheit. Im Laufe seiner Reise begegnet er den unterschiedlichsten Menschen, lauscht ihren Erzählungen und Liedern. Taucht ein in düstere Kapitel der fernen und jüngsten Vergangenheit, um ebenso die Lichtblicke einzufangen, die zu Hoffnung Anlass geben. Es sind überraschende Begegnungen, fernab vom polarisierenden politischen Getöse, welche neue Perspektiven eröffnen. Wir diskutieren den Film mit dem Team dahinter und beleuchten seine politische Dimension.

Anmeldung und weitere Informationen: anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen

WEBINAR ZUR UMWELT-VERANTWORTUNGS-INITIATIVE

Die Klimakrise ist in vollem Gange: Überschwemmungen, Waldbrände und Dürren sind bereits heute Realität. Je länger wir warten, desto mehr Leid und Kosten verursachen Umweltkatastrophen. Bereits in weniger als einem Monat stimmen wir über die Umweltverantwortungsinitiative ab. Mit dieser richten wir unsere Wirtschaft so aus, dass unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Um die Initiative näher zu beleuchten, seid ihr alle herzlich zu einem Webinar eingeladen.

Am Anlass diskutiert Nationalrat Hasan Candan mit dem Wissenschaftsjournalisten Marcel Hänggi, warum wir jetzt handeln müssen – und weshalb wir uns nicht einfach darauf verlassen dürfen, dass in Zukunft neue Technologien die Klima- und Biodiversitätskrise lösen werden.

Ausserdem schauen wir uns genau an, was die Umweltverantwortungsinitiative fordert und mit welchen Argumenten wir unser Umfeld am besten überzeugen können.

- **Wann:** 27. Januar 2025, 19 Uhr
- **Wo:** Online (via Zoom)
- **Mit wem:** Hasan Candan (Nationalrat SP) und Marcel Hänggi (Wissenschaftsjournalist)

Hier kannst du dich anmelden:

→ www.sp-ps.ch/veranstaltung/umweltverantwortungsinitiative





Klimaerwärmung – schneller als erwartet?

Neuste wissenschaftliche Erkenntnisse und Antworten

→ **Donnerstag, 30. Januar 2025 online | 17–19 Uhr**

Mit **Prof. Reto Knutti** (ETH Zürich), **Dr. Roger Ramer** (Bundesamt für Umwelt) und **Roger Nordmann** (Nationalrat)

Wir werfen einen Blick auf die neusten Erkenntnisse aus der Forschung. Dabei interessiert uns, wie viel CO₂ die Schweiz noch ausstossen darf, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Gemeinsam diskutieren wir, wie die Schweiz den Klimaschutz stärken kann und muss.



Asylrecht: Die SVP greift an

Was die SVP-Politik für Geflüchtete in der Schweiz bedeutet

→ **Montag, 3. Februar 2025 online | 19–20.30 Uhr**

Mit **Lea Hungerbühler** (Präsidentin von AsyLex) und **Nina Schläfli** (Nationalrätin)

Die SVP greift das Asylrecht in der Schweiz frontal an. Wir schauen uns an, wie ein Asylverfahren abläuft und wie sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert hat. Wir hören, was das in der Praxis für Geflüchtete bedeutet, und diskutieren, welche politischen Hebel wir haben.



Gesundheit für alle?

Die Arzneimittelversorgung in der Krise

→ **Donnerstag, 20. Februar 2025 | online | 19.30–21 Uhr**

Mit **Beat Ringger** (Autor des Buches «Pharma fürs Volk») und **Mattea Meyer** (Co-Präsidentin SP Schweiz)

Arzneimittel tragen massgeblich zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerungen auf der ganzen Welt bei. Allerdings ist die Versorgung mit Arzneimitteln in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten – auch wegen der Profitinteressen der Pharmaindustrie. Wir diskutieren, woran das liegt und welche Lösungsansätze es gäbe.



Das bundesrätliche Kürzungsprogramm

Frontalangriff auf die soziale Schweiz

→ **Dienstag, 8. April 2025 online | 19–20.30 Uhr**

Mit **Cédric Wermuth** (Co-Präsident der SP Schweiz) und **Tamara Funciello** (Nationalrätin)

Das Kürzungsprogramm von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter und den Bürgerlichen wird uns bei der Kaufkraft, beim Klimaschutz und in der Gleichstellung um Jahre zurückwerfen. Aufgaben und Kosten werden abgewälzt, die Ungleichheit nimmt zu. Welche neoliberalen Ideologien stecken dahinter, wie können wir uns wehren?

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

BILDUNGSANLÄSSE FÜR VORSTÄNDE UND BEHÖRDENMITGLIEDER

Mein Amt als Sektionspräsident:in

→ **Mittwoch, 12. Februar 2025 online | 19–20.30 Uhr**

Für wen: Sektionspräsidenten

Die rund 750 Sektionen sind das Herzstück der SP. Sektionspräsident:innen übernehmen eine zentrale Rolle. Im Fokus dieses Abends steht der Austausch untereinander. Zudem geben wir Tipps & Tricks für die wichtigsten Herausforderungen mit auf den Weg und stellen die Unterstützungsangebote der SP Schweiz vor.

Finanzpolitik in Kantonen und Gemeinden

Wie können wir uns als Parlamentarier:innen einbringen?

→ **Mittwoch, 12. März 2025 online | 19.30–21 Uhr**

Für wen: Kantonale und kommunale SP-Parlamentarier:innen

Mit **Tobias Langenegger** (Kantonsrat Zürich) und **Barbara Dätwyler** (Kantonsrätin Thurgau und Vize-Stadtpräsidentin Frauenfeld)

Wirtschaftliche Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich und nachhaltige Entwicklung sind die zentralen Ziele sozialdemokratischer Politik. Die kantonalen und kommunalen Budgets stellen hier entscheidende Weichen. Wir verschaffen uns eine Übersicht über die für uns relevanten Punkte der Finanzpolitik in Kantonen, Städten und Gemeinden und tauschen uns darüber aus, wie wir uns in den jährlich wiederkehrenden Debatten kohärent und effizient einbringen können.



Hier kannst du dich für alle Anlässe anmelden:

→ www.sp-ps.ch/sp-bildung